

# Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 284

Damasus I., Tassilo – Montag, 11. Dezember 2017 – Lars Olsen Skrefsrud

1,50 € / B 6527 A

## LOKALES

Aus dem Geschäftsleben:  
Drei Veränderungen  
in der Albrechtsgasse 25

## REGIONALES

Schnee und Glatteis  
machen Autofahrern in  
der Region zu schaffen 10

## DIE SEITE DREI

ESC-Gewinner  
Salvador Sobral hat ein  
neues Herz bekommen

## WIRTSCHAFT

ICE-Neubaustrecke  
Berlin – München startet  
zum Fahrplanwechsel 6

## SPORT

Borussia Dortmund:  
Peter Bosz muss gehen,  
Peter Stöger kommt 39

## Union und SPD klopfen schon mal Streitthemen ab

Vor ersten GroKo-Gesprächen Schlagabtausch zu  
Bürgerversicherung, Familiennachzug und Europa

Berlin. (dpa) Vor ersten Gesprächen über eine Regierungsbildung setzen Union und SPD gegensätzliche Prioritäten. Führende Politiker von CDU und CSU wiesen Kernforderungen der Sozialdemokraten wie eine Bürgerversicherung und einen Umbau der Europäischen Union zu Vereinigten Staaten von Europa am Wochenende strikt zurück. Aus der SPD-Spitze kamen klare Absagen an die von der Union verlangte weitere Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte vor einer CDU-Vorstandssitzung am Sonntagabend in Berlin, nötig sei auch angesichts internationaler Probleme eine stabile Regierung über vier Jahre hinweg. „Wir brauchen keine sinnlosen Experimente“, sagte er mit Blick auf SPD-Forderungen nach einer Bürgerversicherung oder zur Europapolitik. Haseloff rief die SPD auf, „verbal abzurüsten“ und nicht zu große Hürden aufzustellen. Er sei sich „ziemlich sicher, dass wir große Schnittmengen mit der SPD haben“.

CSU-Chef Horst Seehofer sagte dem Spiegel, eine Bürgerversicherung werde es mit seiner Partei nicht geben. „Ich sehe nicht, wie man sie so umsetzen kann, dass sie nicht für große Ungerechtigkeiten sorgt.“ CDU-Vize Julia Klöckner sagte dem Handelsblatt: „Den von der SPD geplanten Kassenkommunismus, die Abschaffung der privaten Krankenkassen, lehnen wir nach wie vor ab.“ CDU-Präsi-

umsmitglied Jens Spahn sagte der Bild am Sonntag, eine neue GroKo könne nur gelingen, „wenn wir uns der Unzufriedenheit bei den Themen Innere Sicherheit, Migration und Integration stellen“.

An diesem Mittwoch wollen sich die Partei- und Fraktionsspitzen von CDU, CSU und SPD zum Ausloten von Gemeinsamkeiten treffen. Bei der CDU kommt am Montag erneut der Vorstand zusammen, um die Linie dafür abzustecken. Ein SPD-Parteitag hatte sich für ergebnisoffene Gespräche über eine Regierungsbildung ausgesprochen und Kernthemen aufgestellt. Dazu zählen die Wiederzulassung des Familiennachzugs für bestimmte Flüchtlinge, eine Solidarrente und eine Bürgerversicherung. Förmliche Sondierungsverhandlungen könnten Anfang Januar starten.

SPD-Vize Ralf Stegner sagte dem Tagesspiegel mit Blick auf die Flüchtlingspolitik: „Weder kommen für uns grundgesetzwidrige Obergrenzen infrage, auch wenn man sie anders nennt, noch ist der Schutz von Ehe und Familie eine verhandlungstaktische Frage. Auch beim Familiennachzug für Ehepartner und minderjährige Kinder geht es um Grundrechte.“ Der neue SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil sagte der Bild am Sonntag: „Wir wollen Milliardeninvestitionen in die Bildung. Wir wollen die Situation im Gesundheits- und Pflegebereich verbessern.“ Nur wenn sich die Kanzlerin hier bewege, machten weitere Gespräche überhaupt Sinn.



SCHNEE UND STRASSENGLÄTTE haben am Wochenende in vielen Teilen Deutschlands zu Unfällen geführt und den Verkehr behindert. In der Nähe von Cuxhaven starb ein Mann bei einem Unfall. Mehrere Menschen verletztten sich, aber oft blieb es bei Blechschäden. (Foto: Freiwillige Feuerwehr Bedburg-Hau/dpa) ▶ Seiten 3/10

## Advent auf dem „heiligen Berg“

17. Bogen Vorweihnacht hatte etwas unter dem Wetter zu leiden

Bogen. (me) Die 17. Bogenberger Vorweihnacht hatte heuer ein wenig unter den ungünstigen äußeren Bedingungen zu leiden. Von Sonnenschein über Schnee bis hin zu Regen war alles geboten. Besonders zur Eröffnung am Freitag waren daher deutlich weniger Besucher gekommen als gewohnt. Für die Organisatoren war die Vorweihnacht dennoch „äußerst zufriedenstellend“.

Die adventlichen Eröffnungsweisen spielte wie seit 17 Jahren der evangelische Posaunenchor. Es folgten Grußworte von 2. Bürgermeister Helmut Muhr und Pater Marek sowie der Auftritt von Sandy Aumüller, die als Christkind ihren Wunsch zum Ausdruck brachte, dass die sozial Ausgegrenzten nicht vergessen werden. Am Samstag herrschte ab 17 Uhr erstmals dichteres Treiben in den vier Bereichen des Marktes. Das Sonderprogramm des Kreismuseums wurde wieder kräftig in Anspruch genommen. Die kleinen Be-



Wegen der nasskalten Witterung standen bei den Besuchern am Eröffnungsabend warme Getränke besonders hoch im Kurs. (Foto: me)

sucher erhielten beim Streifzug durch den Adventsmarkt vom Christkind kleine Schokoladengeschenke. Am Sonntag genossen viele Besucher eine besinnliche Ein-

kehr mit adventlichen Gedanken und Liedern in der Wallfahrtskirche. Zum Ausklang spielte auf dem Markt die Gruppe „4fun“ weihnachtlich auf. ▶ Seite 17

## WETTER

Heute



5 | 2

Morgen



7 | 2

Ausführliches Wetter ▶ Seite 12

Rätsel ▶ Seite 10

TV-Programm ▶ Seite 33

Kindernachrichten ▶ Seite 36

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400

## Jerusalem-Entscheidung verteidigt

USA bleiben dabei – Weitere Verletzte bei Unruhen – Papst warnt vor Gewalt

Gaza/Tel Aviv. (dpa) Die US-Regierung hat trotz aller Gewalt, Unruhen und Proteste die Jerusalem-Entscheidung von Präsident Donald Trump verteidigt. Die USA hätten mit heftigen Reaktionen gerechnet, aber mutige Entscheidungen wie diese zögen so etwas nach sich, sagte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, am Sonntag dem Sender CNN. Sie sei „fest davon überzeugt, dass sie (die Jerusalem-Entscheidung) den Friedensprozess vorantreibt“. Mittlerweile sei Sonntag „und der Himmel ist nicht eingestürzt“, sagte sie.

US-Präsident Donald Trump hatte am Mittwoch erklärt, dass die USA Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen und die Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem ver-

legen. Israel beansprucht ganz Jerusalem als seine unteilbare Hauptstadt. Dieser Anspruch wird international nicht anerkannt.

Nach Trumps Jerusalem-Entscheidung kam es am Wochenende zu Unruhen unter Tausenden Palästinensern. Die Zahl der bei Protesten sowie israelischen Luftangriffen



Auch in anderen Ländern, wie hier im Libanon, brannten israelische Flaggen.

im Gazastreifen getöteten Palästinenser stieg am Samstag auf vier. Seit Beginn der Proteste am Donnerstag seien 400 Palästinenser durch Schüsse und mehr als tausend durch Tränengas verletzt worden, teilte der palästinensische Rettungsdienst am Sonntag mit. Die radikal-islamische Hamas rief die Palästinenser erneut zu einem Aufstand (Intifada) gegen Israel auf.

Papst Franziskus warnte am Sonntag vor einer „neuen Spirale der Gewalt“ in Jerusalem und rief erneut zur „Weisheit und Vorsicht aller Beteiligten“ auf. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bezeichnete Israel als „Terrorstaat“. Trumps Entscheidung habe für die Türkei keine Gültigkeit, sagte Erdogan weiter. ▶ Seite 4

## BMW will 3er-Diesel auf Abgas-Verdacht prüfen

München. (dpa) Der Autobauer BMW will den von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) wegen mutmaßlich hoher Stickoxid-Emissionen beanstandeten Diesel-3er selbst auf Unregelmäßigkeiten testen. „Wir konnten das von der DUH getestete Fahrzeug ausfindig machen und werden dieses auf dem Rollenprüfstand sowie auf der Straße ausgiebig und professionell gemeinsam mit einer neutralen Institution vermessen, um die Unterstellungen der DUH zu überprüfen“, sagte BMW-Entwicklungsvorstand Klaus Fröhlich im Interview der Finanz-Nachrichtenagentur dpa-AFX. Die Deutsche Umwelthilfe hatte dem Münchner Hersteller nach Fahrtests vorgeworfen, in einem Diesel-BMW 320d womöglich eine verbotene Abschaltvorrichtung zu verwenden. ▶ Seite 6/Kommentar Seite 2